

**Rede des Präsidenten der
Bundeszahnärztekammer, Dr. Dr. Weitkamp,
anlässlich des Deutschen Zahnärztetages
2005 in Berlin**

„Der Politiker denkt an die nächsten Wahlen, der Staatsmann an die nächste Generation“ habe ich von Gladstone gelernt und, ist das nicht ein vernünftiger Maßstab, den wir an alles das legen sollten, was zur Zeit in der Politik in Berlin geschieht?!

Da in einer Demokratie das Volk immer die Regierung bekommt, die es verdient hat, wird nach dieser Bundestagswahl, die das gesamte Gefüge der politischen Kräfte durcheinandergewirbelt hat, für den Wähler erst jetzt langsam klar,

1. wie schwer er es allen Beteiligten gemacht hat und
2. dass das Regieren noch eine Weile auf sich warten lässt.

Dabei müssen viele Probleme dringend angepackt werden - vom defizitären Haushalt und der unerträglichen Staatsverschuldung über die besorgniserregenden Arbeitslosenzahlen bis zur Zukunft der Rentenversicherung und eben auch den Problemen einer Gesetzlichen Krankenversicherung, bei der die zwei größten Herausforderungen: die demographische Entwicklung und der medizinische Fortschritt auch nur annähernd nicht in den Griff genommen wurden!

Wenn unser Land wieder zukunftsfähig werden soll, sind an die Große Koalition, die wir wahrscheinlich bekommen, hohe Erwartungen gestellt, und wir müssen uns fragen, ob diese realistischerweise erfüllt werden können.

Große Koalitionen sagt man, seien schlecht für die Demokratie. Auf jeden Fall haben sie ihre eigene Gesetzlichkeit. Befürchtet werden muss, dass jede Seite ständig auf der Lauer liegt, um sich selbst zu profilieren. Wenn das aber nicht so ist, bieten sich tatsächlich Möglichkeiten und Chancen grundlegender und langfristig wirksamer Strukturreformen.

Die Große Koalition 1966 – 69 hatte schon nach wenigen Wochen die Deckungslücke im Haushalt geschlossen, an der die vorangegangene Regierung gescheitert war. Man kann also viel bewirken, - wenn man denn will. Es wird großes Geschick von einer zukünftigen Kanzlerin erfordern, ihre Richtlinienkompetenz anzuwenden und das so zu tun, dass die Koalition, das bleibt, was der Name sagt, ein Bündnis.

Eines ist sicher: Das bloße Klagen über die Zukunft unseres Landes löst die Probleme nicht.

Was uns helfen kann, ist rasches und entschlossenes Handeln. Richard von Weizsäcker hat schon Recht „Allgemein gesagt ist jede parlamentarische Demokratie auf einem Strukturproblem aufgebaut, nämlich der Verherrlichung der Gegenwart und der Vernachlässigung der Zukunft.“

Die mangelnde Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft zeigt sich heute am unmittelbarsten in der Überlastung des Sozialstaats.

Weder ein bloßes Reagieren auf die vorgegebenen Trends möchten wir von der Politik sehen noch sog. „Handeln durch Nicht-Handeln“, also Aussitzen, was meist die beste Garantie für ein langes Überleben in politischen Führungspositionen zu sein scheint. Nachhaltigkeit ist als Schlagwort in aller Munde. Nur in der Gesundheitspolitik scheint sie bisher keine besondere Rolle zu spielen.

So ist auch vor Schnellschüssen bei der Lösung der latenten Krise der gesetzlichen Krankenversicherung, wie z.B. der von Lauterbach vorgeschlagenen Steuersubventionierung zur Rettung seiner Bürgerversicherung als zukünftige GKV zu warnen. Hier macht man es sich viel zu einfach. Solche kurzatmigen Maßnahmen helfen nicht weiter und verschleiern die Probleme nur. Die Gesetzliche Krankenversicherung muss nicht allein auf der Einnahmenseite sondern auch auf der Leistungsseite gründlich reformiert werden.

Die Schönfärberei der Gesundheitspolitik, darf auch mal ein Ende haben, ja sie muss es.

Wie wäre es einmal mit Reformen frei von Ideologie, Lösungen, die nur auf der Ratio beruhen und damit ein Ende des „Try and Error“?

Die deutsche Zahnärzteschaft wird auch der neuen Regierung eine konstruktive Zusammenarbeit anbieten, bei der wir mit unseren Konzepten dazu beitragen wollen, einen Weg aus der Dauerkrise der vergangenen Jahre zu finden.

So beklemmend der Reglementierungstrend der GKV, insbesondere die Budgetpolitik, für uns Heilberufe seit vielen Jahren ist: Eine isolierte Betrachtung der Zahnheilkunde in der Gesetzlichen Krankenversicherung muss wohl überlegt sein. Sehr eng ist präventionsorientierte Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde, mit den anderen medizinischen Versorgungsbereichen verknüpft.

Aber statt all des Regulierungswahns, der letztlich nur eine heimliche Rationierung verschleiert, sollte eine neue Systematik gefunden werden, die einen fairen Wettbewerb zwischen den Krankenkassen nach Leistungsangebot und Tarifen sowie gleichermaßen einen Wettbewerb der Zahnärzte nach Leistung und Qualität ermöglicht. In diesem Sinne muss das Festzuschussystem ausgebaut werden. Befundorientierte Festzuschüsse in ihrer genuinen, unverfälschten Form stellen sowohl aus wissenschaftlich-fachlicher Sicht als auch aus gesundheitsökonomischer Perspektive ein ideales Steuerungsmodell dar, und zwar für alle Bereiche unseres Faches und alle Versicherungsarten.

Wenn Transparenz im Gesundheitswesen eingefordert wird, so erweist sich, ob diese Forderung ernst gemeint ist daran, ob man bereit ist, Kostenerstattung einzuführen. Wir fordern dabei eine selektive Kostenerstattung für die Zahnmedizin, die nicht obligatorisch sein muss, aber vom Patienten als auch vom Zahnarzt gewählt werden kann, wie es dies in fast allen europäischen Ländern gibt.

Es muss endlich Schluss sein damit, dass immer nur heiligen Kühen angehängen wird, wie dem Sachleistungsprinzip. Schauen wir doch endlich auch einmal über unseren Zaun nach Europa!

Wie ein wettbewerbsorientiertes System in der Praxis funktioniert, wird ganz vorrangig davon abhängen, welches Vertrauensverhältnis die Zahnärzte zu ihren Patienten aufgebaut haben und wie sie ihre Patienten aufklären. Insofern wird sich auch die Inanspruchnahme der Leistungen im Zahnersatzbereich einpendeln – auf etwas niedrigerem aber solidem Niveau. Das von manchen Kreisen geradezu herbeigewünschte Desaster einer Patientenübertreibung durch die Zahnärzte ist nach allen vorliegenden Zahlen ausgeblieben. Trotz der von uns in ihrer Kompliziertheit – das ursprüngliche Konzept beruhte auf 12 befundbezogenen Festzuschüssen – nicht gewollten sondern aufgezwungenen jetzigen überregulierten Festzuschusssystematik im Prothetikbereich können wir mit Fug und Recht feststellen: Die Situation wird von den Zahnärzten mit großer Verantwortung gemeinsam mit ihren Patienten gestaltet.

Ich bekenne mit einem gewissen Stolz, dass diese Verantwortung aus der freiberuflichen Grundüberzeugung der Zahnärzteschaft resultiert. Wieder einmal sehen wir uns in unserer Haltung bestätigt, dass Freiberuflichkeit eng mit sozialer Verantwortung verbunden ist. Deshalb verstehen wir auch das zahnärztliche Berufsrecht, also unsere Standesregeln, als Instrumentarium, die Unabhängigkeit zu schaffen, die wir brauchen, um unseren ärztlichen Verpflichtungen nachkommen zu können. Denn der Freie Beruf ist von der Erkenntnis geprägt: Freiheit in verantworteter Bindung führt erst zur wirklichen Freiheit.

Die Kammern nehmen ihre Rolle als Garanten so verstandener Freiberuflichkeit sehr ernst. Sie entwickeln sich in dieser Rolle weiter, und wir fordern unsere zukünftige Bundesregierung auf, die Bedeutung der Kammern zu stärken und gerade auch in Europa als ein Modell zu vertreten.

Vor allem auch unter diesem Aspekt unserer gut funktionierenden ehrenamtlich selbstverwalteten Kammern sieht es die

Bundeszahnärztekammer als einen Skandal an, dass die niedergelassenen Zahnärzte in Deutschland unter zunehmenden bürokratischen Pressionen zu leiden haben. Nehmen Sie nur das Problem der sog. Praxisbegehungen. Hier wird gegen alle Grundsätze der Verhältnismäßigkeit verstoßen und im übrigen auch gegen Artikel 13 des Grundgesetzes, der die Unverletzlichkeit der Wohnung einschließlich der Praxisräume schützt. Der nordrhein-westfälische Arbeits- und Sozialminister Laumann ist voll darin zu unterstützen, wenn er hier die Verantwortlichkeiten neu ordnen will. Allenfalls bei konkretem Anlass im Einzelfall könnten von extern Kontrollmaßnahmen angebracht sein. Die professionelle Verantwortungskompetenz liegt aber beim Berufsstand selbst. Zahnärzte sind eben keine Würstchenbudenbesitzer, so ehrenwert auch dieser Beruf sein mag. Zahnärzte haben immerhin auch Hygiene studiert. Als freiberufliche Zahnärzte tragen sie Verantwortung für sich selbst und ihre Familie, ihre Mitarbeiterinnen und die Patienten. Es ist ihnen schon zuzutrauen, dass sie auch ihre Praxis im ordnungsgemäßen Zustand halten und sich und ihre Patienten nicht schädigen.

Wir erwarten deshalb, dass die professionelle Eigenverantwortung des Zahnarztes grundsätzlich anerkannt wird und das Gegenteil im – sehr seltenen - Einzelfall erst bewiesen werden muss.

Die Bundeszahnärztekammer als Zusammenschluss der Zahnärztekammern sieht sich in der Gesamtverantwortung für den zahnärztlichen Berufsstand. Und zwar sowohl in Deutschland als auch im Hinblick auf europäische Entwicklungen. Wir können und dürfen uns dabei nicht auf die Politik verlassen. Nach unserer Auffassung besteht Politik nicht nur im Verteidigen des Status quo. Wirkungsvolle Politik muss auf Veränderung setzen, um zum Guten und Besseren zu gestalten. Kommt die Politik dieser Aufgabe nicht nach, muss der Berufsstand handeln. Die Bundeszahnärztekammer wartet deshalb nicht auf die Politik. Sie geht die notwendigen Veränderungen selbst tatkräftig an.

Kammerpolitik ist Management der Veränderung, wer glaubt, mit Sichern und Verteidigen des Erreichten die Zukunft gewinnen zu können, der hat schon verspielt. Das gilt für alle Gebiete des Berufsstandes.

So auch für die Approbationsordnung, wo wir auf gutem Wege sind.

Unser ganz solides Fundament ist die Prävention. Was wir in den letzten 15 Jahren bei den Jugendlichen, aber jetzt auch bereits nachweisbar in anderen Altersgruppen, durch Prophylaxe im Rahmen der Primärprävention geleistet haben, ist beispielhaft und vorbildlich im gesamten Medizinbereich.

Nicht zuletzt auch bei der Sekundär- und Tertiärprävention befinden wir uns auf festem Boden, wenn wir versuchen, mit jedem unserer eingesetzten Therapiemittel nicht nur die Funktion wiederherzustellen, sondern gleichzeitig auch das Risiko, das zur Erkrankung geführt hat, auszuschalten oder zumindest zu minimieren.

Unter diesem Aspekt wurde nun die Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde neu beschrieben. Wir haben einen ausführlichen Ansatz gewählt von Befunden und Diagnosen und das gesamte Feld der Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde erfasst. Nur das effektive Zusammenspiel von Wissenschaft und Berufspolitik hat uns diese grundlegende

Beschreibung ermöglicht. Bundeszahnärztekammer und Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung haben in intensivem Zusammenwirken mit der DGZMK diese neue Beschreibung vollendet und sie zukunftsorientiert gestaltet. Wir haben die große Freude, sie zum Deutschen Zahnärztetag vorstellen zu können.

Es ist von Idee und Ausführung ein gewaltiges Werk und ich habe allen Grund, vor allem den Wissenschaftlern, aber auch den beteiligten Landespolitikern, Dank zu sagen und hohe Anerkennung auszusprechen.

Für die Politik ist diese Arbeit eine ideale und fachlich fundierte Grundlage. Wir erwarten deshalb auch, dass zukünftige politische Entscheidungen sich diesen Sachverstand, den wir anbieten, auch angemessen zunutze machen. Das gilt z.B. für eine neue Gebührenordnung für Zahnärzte.

Eine zukünftige GOZ muss das gesamte Spektrum dessen, was die Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde zu leisten imstande ist, widerspiegeln.

Auch wenn ein Bema noch so modern gestaltet wird, er wird immer durch das Wirtschaftlichkeitsprinzip und die begrenzten Mittel des öffentlich-rechtlichen Solidarsystems reduziert sein müssen.

Die Forderung von Politik, Versicherern und Beihilfe zur Aufrechterhaltung der jetzigen Erstattungssystematik einen leicht erweiterten Bema Katalog als GOZ vorzulegen, verkennt völlig, dass

1. auch der noch so modern gestaltete Bema immer durch das rigide Wirtschaftlichkeitsgebot und die begrenzten Mittel des umlagefinanzierten Solidarsystems nur ein sehr eingegrenzter Katalog sein kann und
2. der Leistungskatalog eines Freien Berufsstandes doch wohl strikt zu trennen ist von der Tarifgestaltung der Versicherungswirtschaft.

Außerdem müssen wir uns schon fragen, ob die PKV, wenn sie nur einen erweiterten Bema wünscht, mit aller Gewalt selbst ihre systematische Angleichung an die GKV betreiben will.

Die Zahnärzte als leistungsstarker Berufsstand müssen der neuen Bundesregierung klarmachen, dass der Patient zukünftig sehr viel deutlicher seine Therapie selbst bestimmen und dass er in vielen Fällen hochwertige Zahnheilkunde verlangen wird. An einer solchen therapeutischen „shared decision“ kommt auch die Politik nicht vorbei. Sie muss auch erkennen, dass die Zahnärzte ihren Patienten diese hochwertige Zahnheilkunde bieten können und wollen. Hier dürfen wir keine Deutlichkeit scheuen.

Eine solche Neuorientierung des Zahnarzt-Patienten-Verhältnisses jenseits von staatlicher Gängelung und Kassenbevormundung setzt aber auch neue ordnungspolitische Rahmenbedingungen des gesundheitlichen Versorgungssystems voraus. Daher erwarten wir von der neuen Bundesregierung, dass sie sich wieder auf die Grundprinzipien der

Sozialen Marktwirtschaft besinnt. Hierzu gehört die Freiheit, Initiative ergreifen zu können. Die Politik muss allein Rahmenbedingungen schaffen und sich selbst ständiger Eingriffe in alle Lebenszusammenhänge enthalten, denn sonst wird jede Initiative im Keim erstickt. Wir denken an die 8000 Paragraphen, die in den letzten 15 Jahren allein in der GKV geschaffen oder verändert wurden. Ich fand dazu in einem Aufsatz unseres heutigen Festredners zu einer ähnlichen Thematik folgendes Tacitus Zitat:

„Corruptissima res publica, plurimae leges“ –
Je verdorbener der Staat, umso mehr Gesetze.

Das Subsidiaritätsprinzip darf nicht nur Lippenbekenntnis sein und allenfalls für die Abgrenzung von Zuständigkeiten in Europa bemüht werden. Ohne Privatinitiative wird sich auch der Sozialstaat nicht annähernd auf dem Niveau halten lassen, wie wir ihn uns vorstellen. Ludwig Erhard hat immer besonderen Wert darauf gelegt, dass nur der Fleiß und die Initiative der Bürger das erwirtschaften können, was der Staat umverteilen kann, um Not zu lindern und sozialer Verantwortung nachzukommen

Es ist bemerkenswert, dass wir diesbezügliche Erwartungen an eine Große Koalition richten müssen. Aber vielleicht bietet sie die einzige Chance, unter dem Druck der Probleme wieder einen Konsens über die Soziale Marktwirtschaft zu finden und über das Maß an Freiheit auf der einen, staatlicher Intervention auf der anderen Seite. Bisher hat jede Seite Soziale Marktwirtschaft für sich reklamiert, aber jeweils nach ihrem politischen Gusto interpretiert. Vielleicht lässt sich dieses Erfolgsrezept Deutschlands wieder beleben um in unserer aktuellen Situation neuen Aufschwung daraus zu gewinnen.

Es genügt nicht, dass die Politik in PR-Kampagnen suggeriert „Du bist Deutschland“ und sich der einzelne mal als Ludwig Erhard, mal als Beethoven fühlen soll. Wie die Probleme angegangen werden – wieder nur halbherzig im Sinne des kleinsten gemeinsamen Nenners, – oder ob durchgreifende Lösungen gefunden werden: An diesem Prüfsteinen wird sich erweisen, ob der Wähler - unterstellen wir, wie sonst immer - Recht gehabt hat oder sich diesmal wirklich geirrt hat.

Daran wird sich auch erweisen, ob die Demokratie in Deutschland noch handlungsfähig ist und ein Vertrauen in die eigenen Kräfte in Deutschland wieder aufgebaut werden kann. Wenn ein „Ruck durch Deutschland“ gehen soll, wie ihn Ex-Bundespräsident Herzog gar nicht weit von diesem Ort forderte, und ein neues Selbstwertgefühl Realität wird, soll es an der tatkräftigen Mitwirkung der freiberuflichen Zahnärzte jedenfalls nicht fehlen.